



### Euro-Stabilisierung: *Conditio sine qua non* für ein starkes Europa

Ein (leider) bekanntes Thema hat uns in dieser Woche erneut beschäftigt: Die Frage, wie wir unseren Euro als gemeinsame, starke und von den Märkten respektierte Währung erhalten.

Nicht nur Deutschland, auch Europa soll stärker aus der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen, als es hineingegangen ist. Die Beschlüsse vom Europäischen Gipfel am 26./27. Oktober 2011 haben dieses Ziel unterstrichen. Es gilt, zu verhindern, dass die Staatsschuldenkrise in einzelnen Staaten der Eurozone zum Flächenbrand wird. Die „fire walls“ dagegen sind:

- eine höhere Kernkapitalquote von neun Prozent für systemrelevante Banken; die Rede ist von gut 106 Milliarden Euro zusätzlichem Kapital;
- mehr Wirksamkeit des europäischen Rettungsfonds EFSF, ohne das maximale Risiko für den Steuerzahler zu erhöhen; Deutschland müsste weiterhin für 211 Milliarden Euro geradestehen. Er soll bei neuen Anleihen gefährdeter Euro-Staaten teilweise das Zahlungsausfallrisiko übernehmen. Ein neuer Sondertopf, an dem sich der Internationale Währungsfonds IWF beteiligt, soll in Anleihen investieren, die der EFSF ebenfalls zum Teil absichert. Dabei könnten auch ausländische Investoren wie Staatsfonds aus China mitmachen.
- zusätzliche Sparanstrengungen in Italien und Spanien;
- Teilentschuldung Griechenlands um 100 Milliarden Euro bzw. 50 Prozent, um diesem Land den Neuanfang in der Finanz- und Haushaltspolitik zu erleichtern;
- ein starker und wirkungsvoller Stabilitäts- und Wachstumspakt für mehr Haushaltsdisziplin in Europa.

Einen Lichtblick gibt es für uns: Der Kapitalbedarf der betroffenen deutschen Banken liegt bei vergleichsweise geringen rund 5,5 Milliarden Euro. Diese zusätzlichen Milliarden sollten sie aus eigener Kraft stemmen können.

### EEG-Kostenexplosion bremsen



Jüngst wurde bekannt, dass die EEG-Umlage im kommenden Jahr nur geringfügig um 0,062 ct/kWh angehoben wird. Entwarnung auf der Kostenseite der Energiewende also? Mitnichten, denn der Zubau der Stromerzeugung aus Sonnenenergie geht ungebremst voran: Allein für dieses Jahr werden 4.000 bis 5.000 MW Zubau prognostiziert – und dieser Zubau schlägt bei den Stromverbrauchern über den 20-jährigen Förderzeitraum mit 12 bis 15 Milliarden Euro zu Buche.

Ich rate dazu, den jährlichen Zubau bei der Photovoltaik bei 1.000 MW zu deckeln, denn alle bisherigen Versuche, den Zubau auf ein vertretbares Maß zu begrenzen, waren erfolglos. Ebenso müssen auch alle übrigen Vergütungssätze auf den Prüfstand kommen. Denn es kann auf Dauer nicht sein, dass die ineffizientesten Erzeugungsarten mit den höchsten CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten die höchste Förderung erhalten.

### Staatsschuldenkrise in Europa

Zwischen Solidarität und Eigenverantwortung

### Innovationsstandort Deutschland

Konsequent die Stärken ausbauen

### Gesundes Wachstum, starker Arbeitsmarkt

Wirtschaftspolitische Halbzeitbilanz



**INTERN**

- 3** Standortfaktor Infrastruktur –  
Kongress der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

**MEINUNG**

- 6** „Die Krise als Chance nutzen“  
von Dr. Michael Meister MdB
- 8** „Gesagt – getan: Die Halbzeitbilanz der  
christlich-liberalen Koalition“  
von Dr. Joachim Pfeiffer MdB
- 10** „Praktika – Nutzen für Praktikanten und  
Unternehmen“  
von Gitta Connemann MdB
- 11** „Innovationsstandort Deutschland stärken –  
mit neuen Instrumenten“  
von Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB

**INFORMATION**

- 16** Der Google-Faktor: Online-Handel  
und noch viel mehr
- 17** Stärkung der Zusammenarbeit von  
Behörden im EU-Binnenmarkt
- 18** Elektroschrott – heute Müll, morgen  
begehrter Rohstoff?
- 19** Schutz vor Kostenfallen im Internet
- 21** Studieren in Ostdeutschland immer beliebter
- 22** 40 Jahre Bafög – ein Beitrag zu  
sozialem Aufstieg
- 23** Die neue Gesundheitskarte kommt
- 25** Sicherheitslücken bei Fahrzeugalarmanlagen
- 26** Selbstständige in der Grundsicherung

**Hohe Ehre für den PKM-Vorstand**

Bundespräsident Christian Wulff empfing am 8. September 2011 den Vorstand im Schloss Bellevue.

Gerade in Zeiten, die von hoher Unsicherheit über die Zukunft beherrscht seien, erwarteten die Bürger von der Politik Visionen für Gesellschaft und Wirtschaft, die über das Tagesgeschäft hinausgehen. Zu den Themen, die die Menschen bewegten, zählten das Zusammenspiel von Wachstum und Wohlstand ebenso wie Konzepte für die älter werdende Gesellschaft, Fragen der Generationengerechtigkeit und, damit verbunden, die Bedeutung der Demokratie. Durch die Krise der Euroländer habe auch die Diskussion über das Verhältnis zwischen individueller Freiheit und solidarischem Miteinander eine höhere Ebene erlangt; heute gehe es um das Wechselwirken zwischen dem Finanzsektor und der Wirtschaft und um das Füreinander-Eintreten in der Europäischen Union.



Foto: Bundespresseamt/Fotograf: Guido Bergmann

## Selbstständige in der Grundsicherung

In Deutschland sind rund 4,25 Millionen Menschen, das ist etwa jeder zehnte Erwerbstätige, selbstständig tätig. Hiervon bezogen im März 2011 127.180 Leistungen zur Grundsicherung (ALG II). Das heißt das Erwerbseinkommen von knapp drei Prozent aller Selbstständigen reichte zur eigenen Existenzsicherung nicht aus, weshalb sie staatliche Leistungen benötigten. Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) hat die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der Selbstständigen unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Bedürftigkeit analysiert und kommt zu folgenden ersten Ergebnissen:

### Immer mehr Selbstständige beziehen Grundsicherung

Seit Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) im Jahr 2005 ist ein nahezu stetiger Anstieg der Selbstständigen, die Grundsicherung beziehen, sogenannte Aufstocker, zu beobachten. Im März 2011 befanden sich 93.693 Selbstständige mehr in der Grundsicherung als im Januar 2005, wo 33.487 gezählt wurden. Da die Zahl der selbstständig erwerbstätigen ALG II-Bezieher weit stärker gestiegen ist als die Zahl der abhängig erwerbstätigen ALG II-Bezieher, hat sich der Anteil der Selbstständigen in der Grundsicherung an allen ALG II-Beziehern von 4,4 Prozent (Januar 2005) auf 9,4 Prozent im März 2011 mehr als verdoppelt. Auch in Relation zur Zahl der Selbstständigen insgesamt hat

sich die aufstockende Selbstständigkeit überproportional entwickelt. Infolgedessen ist der Anteil der Selbstständigen, die Grundsicherung bezogen, an allen Selbstständigen von 1,7 Prozent im Jahr 2007 auf 2,9 Prozent im Jahr 2010 angestiegen. Die „Aufstockerquoten“ von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten nähern sich mehr und mehr an (vgl. Abbildung 1).

### Hohe Zahl von Selbstständigen mit niedrigem Einkommen

Um den Zusammenhang von Selbstständigkeit und Grundsicherung besser zu verstehen, wurde die Einkommenssituation der Selbstständigen analysiert. Seit dem Jahr 2005 hat sich die Zahl der Selbstständigen mit niedrigen monatlichen Nettoeinkommen, nach einer deutlichen Zunahme der unteren Einkommensklassen im Zeitraum 2002 bis 2005, allmählich verringert. Dies ist nicht zwangsläufig auf einen besseren wirtschaftlichen Erfolg der Selbstständigen zurückzuführen, sondern ist möglicherweise ein Effekt der Aufstockung durch ALG II. Im Jahr 2010 verfügten rund 270.000 Selbstständige einschließlich Transferleistungen noch nicht einmal über 500 Euro netto im Monat. 26,5 Prozent aller Selbstständigen (rund 950.000 Personen) hatten ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.100 Euro (vgl. Abbildung 2). Eine ungünstige Einkommenssituation ist bei Solo-Selbstständigen, weiblichen Selbstständigen oder in bestimmten Branchen z. B. in der Kreativwirtschaft festgestellt worden.

### Schlussfolgerung und ökonomische Bewertung

Als Erklärung für die Entwicklung der Selbstständigen in der Grundsicherung kommen einerseits die unbefriedigende Einkommenssituation, z. B. infolge neuer Entwicklungen in der Selbstständigkeit wie Solo-Selbstständigkeit, Teilzeit-Selbstständigkeit, Gründungen in Märkten mit hohem Wettbewerbsdruck, und andererseits die Erfahrung von Gewährung und Inanspruchnahme staatlicher Leistungen (*Habitualisierung*) in Frage. Eine Habitualisierung könnte aus der Förderung von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit, die im-

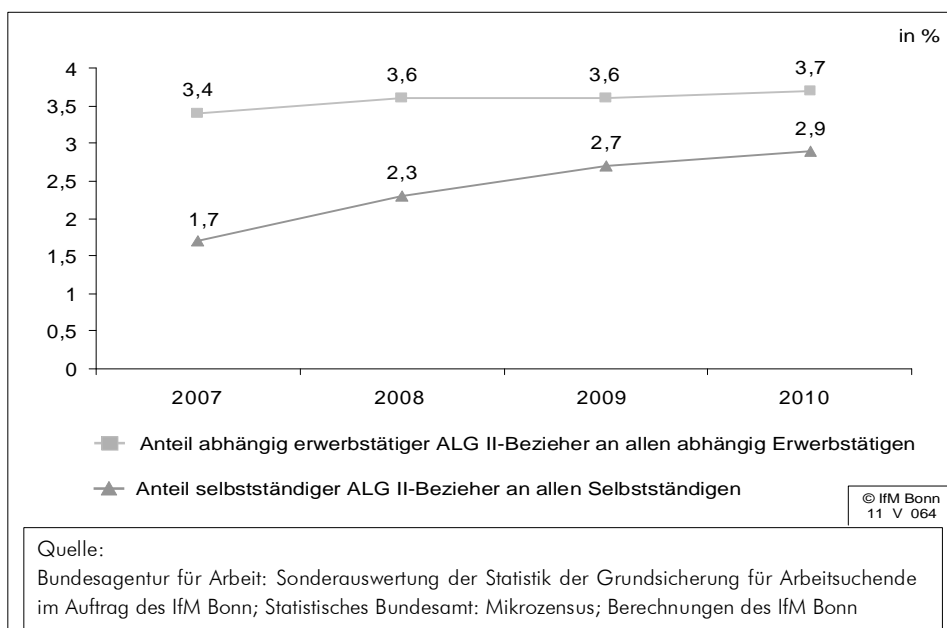


Abbildung 1: Personen in der Grundsicherung nach Erwerbsformen

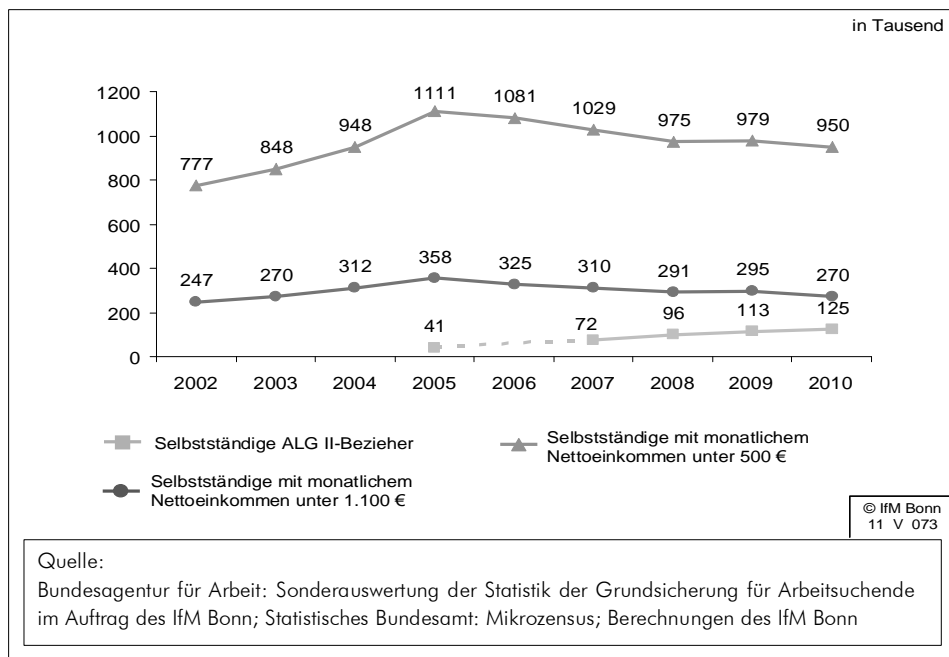


Abbildung 2: ALG II-Bezieher und Selbstständige mit monatlichem Nettoeinkommen unter 500 Euro und unter 1.100 Euro für die Jahre 2002 – 2010

merhin 1,7 Millionen Arbeitslose seit 2003 in Anspruch genommen haben, resultieren.

Die Entwicklung der aufstockenden Selbstständigkeit ist aus volkswirtschaftlicher Sicht kritisch zu hinterfragen: Die Rentabilitätsschwelle der selbstständigen Tätigkeit wird gesenkt mit der Folge eines Preis- und Verdrängungswettbewerbs, von dem dann wiederum Grenzbetriebe betroffen sind, deren Inhaber keine Grundsicherung beanspruchen. Für die selbstständigen ALG II-Bezieher wird dagegen eine Marktaustrittsbarriere errichtet. Ein Verdrängungswettbewerb, der nicht auf Effizienzvorteilen beruht, ist als schädlich für den Strukturwandel und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung anzusehen.



Institut für Mittelstandsforschung Bonn  
 Autorin: Dipl.-Volkswirtin Eva May-Strobl  
 Projektleiterin  
<http://www.ifm-bonn.org/>